

SPD-Fraktion/CDU-Fraktion

12.04.2018

An:  
Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf. Nummer  
DA8218

- Antrag** gemäß  
§ 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**  
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: ASU**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin  
 Ausschussvorsitzender d.
- SPD-Fraktion  
 CDU-Fraktion  
 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
 Fraktion bürgerforum  
 Fraktion DIE LINKE.  
 Fraktion Solidarität für Witten  
 FDP-Fraktion  
 Fraktion WBG  
 Piraten  
 WITTEN DIREKT  
 Pro NRW  
 fraktionslose Ratsmitglieder  
 Integrationsrat

Betreff  
Glyphosatverbot auf städtischen Flächen

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz erteilt der Stadtverwaltung den Auftrag, auf allen städtischen Flächen so schnell wie möglich die Nutzung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat zu untersagen. Das betrifft auch landwirtschaftlich verpachtete Flächen, deren Pachtverträge bei nächster Gelegenheit anzupassen sind. Die Stadtverwaltung soll künftig auch die Einhaltung des Verbotes kontrollieren.

### **Begründung:**

Auf allen städtischen Flächen soll so schnell wie möglich die Nutzung Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat untersagt werden. Auch bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen und bei Verlängerung bestehender Pachtverträge sollen die Pächter vertraglich verpflichtet werden, das Herbizid Glyphosat nicht mehr zu verwenden. Die Weltgesundheitsorganisation hat es 2015 als potentiell krebserregend eingestuft. Glyphosat gilt zudem als das weltweit meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel. In Deutschland wird es nach Schätzungen auf 40 Prozent der Ackerflächen eingesetzt. Dort ergeben sich schwerwiegende Auswirkungen für die Wildpflanzen und für die Insekten. Da weniger Wildpflanzen auf und neben den Ackerflächen wachsen, wird der Lebensraum für die Insekten stark eingeschränkt. Die Bienen zum Beispiel finden nicht mehr genügend Blüten, um Pollen und Nektar zu sammeln. Insekten sind die Hauptnahrung u.a. für Vögel. Weniger Pflanzen, weniger Insekten, weniger Vögel. Die Artenvielfalt nimmt mit dem vermehrten Einsatz von Glyphosat

als logische Konsequenz ab. Viele Vögel der Agrarlandschaft stehen bereits auf der Roten Liste der bestandsbedrohten Tierarten.

Das Bundesamt für Naturschutz hat in seinem Agrar-Report 2017 festgehalten: „Der Verlust der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft verläuft weiterhin ungebremst, sowohl auf Ebene der Arten als auch der Lebensräume.“ (...) „Nach 2020 darf sich der Naturschutz keinesfalls mit weiteren Schönheitskorrekturen an einem unzulänglichen und immer komplizierter werdenden System zufrieden geben. Es muss vielmehr eine komplette Umorientierung der Agrarpolitik stattfinden, die den Zielen des Biodiversitätsschutzes effektiv Rechnung trägt.“ U.a. müssten Anreize für eine naturverträgliche Bewirtschaftung geschaffen werden.

An dieser Stelle können auch Gemeinden ein Zeichen setzen. Erst kürzlich hat der Umweltausschuss der Nachbarstadt Bochum den Beschluss gefasst, den Pächtern städtischer Flächen den Einsatz von Glyphosat zu untersagen. Um die heimische Artenvielfalt besser zu schützen, sollte die Stadt Witten sich anschließen.

gez.  
Dr. Uwe Rath  
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez.  
Klaus Noske  
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez.  
Heinz-Jürgen Viehmeyer  
Sachkundiger Bürger der SPD-Fraktion

gez.  
Arnulf Rybicki  
CDU-Ratsmitglied

gez.  
Dr. Henning Jaeger  
Sachkundiger Bürger der SPD-Fraktion